

Europa eine Seele geben?

Vortrag von Botschafterin i.R. Dr. Eva Nowotny

Hochschule Heiligenkreuz

27. Oktober 2021

Ich habe mich über die Einladung, hier vor Ihnen und mit Ihnen über Europa zu sprechen, gefreut und habe diese Einladung auch sofort und gerne angenommen – nicht ahnend allerdings, dass es nahezu zwei Jahre dauern sollte, bis wir zu diesem Abend physisch zusammenkommen konnten. So schnell und spontan allerdings meine Zusage zu diesem Vortrag war, habe ich doch schnell gemerkt, dass der Titel, den Sie sich ausgedacht haben, zwar sehr gut klingt, aber doch auch einige Fragen aufwirft.

Zunächst einmal: von welchem Europa reden wir und was verbinden wir damit? Es ist sehr selbstverständlich geworden, mit dem Begriff Europa die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu umfassen. Aber wir alle haben noch in der Schule gelernt, dass der europäische Kontinent vom Atlantik bis zum Ural reicht. Damit umfasst er ungefähr ein gutes Drittel Russlands, was uns politisch nicht viel weiterbringt, aber gerade im Hinblick auf die Seele Europas – denken wir an die großartige russische Literatur und Musik - auch eine gewisse Bedeutung hat. Aber wir haben es auch zu tun mit dem Europa des Europarates, dem Wächter über Demokratie und Parlamentarismus, dessen Mitgliedschaft allerdings auch schon weit über die EU hinaus bis zum Kaukasus reicht. Wir haben es darüber hinaus mit dem Europa der OSZE zu tun, das außer den europäischen Staaten auch unsere transatlantischen Partner einschließt. Und last but not least gibt es auch das Fußball Europa der UEFA oder den Euro Songcontest, dem sogar Israel und Marokko zugehören. Ich erwähne das auch nicht nur der Unterhaltung wegen, sondern um klar zu machen, dass Europa nicht ein fest gefügter Tatbestand ist, sondern ein sehr flexibles Konzept, das sich in verschiedenen Definitionen und Konfigurationen wieder findet. Um die Sache zu vereinfachen, würde ich allerdings meinen, dass wir uns vor allem mit dem Europa der Europäischen Union beschäftigen wollen. Es ist schließlich die Europäische Union, der wir nun seit 26 Jahren angehören und die Politik, Wirtschaft, aber auch das gesellschaftliche und soziale Leben in unserem Land maßgeblich beeinflusst.

Und damit komme ich zum zweiten Begriff im Titel, zur Seele. Das ist ja eigentlich mehr Ihre Domäne als meine, aber ich bin mir doch der vielfältigen und sehr unterschiedlichen Bedeutungen bewusst, die sich mit dem Begriff Seele verbinden – neben den religiösen auch die mythischen, philosophischen oder psychologischen Bedeutungen. Ihnen allen ist allerdings etwas gemeinsam: der Begriff der Seele ist immer bezogen auf ein Individuum und zutiefst verbunden mit der Frage der individuellen Identität.

Und damit kommen wir auch der Verbindung zwischen Europa und Seele, die im Titel angesprochen ist, etwas näher. Die Europäische Union ist sehr Vieles und sehr Unterschiedliches für die verschiedenen Interessensgruppen, aber sie ist vor allem eines: ein äußerst komplexes Gebäude von Rechtsakten und Verträgen, in dem ein neuer Vertrag immer auf den vorhergegangenen Verträgen aufbaut, von der Gründungsakte im Vertrag von Rom, über den Vertrag von Nizza, den Vertrag von Amsterdam, den Vertrag von Maastricht, um nur einige zu nennen. Wie Sie sehen können, wird jeder Vertrag nach dem Ort benannt, an dem er unterzeichnet wurde. Das jüngste und bis heute letzte Vertragswerk ist der Vertrag von Lissabon und er verdient, dass wir uns etwas näher damit beschäftigen. Angesichts dieses komplexen und kaum mehr lesbaren Vertragsgebäudes wurde zu Beginn des Millenniums der Versuch unternommen, in einem breit angelegten Konvent einen neuen und umfassenden Verfassungstext zu erarbeiten, der alle früheren Verträge ersetzen sollte. Die mehrjährigen Verhandlungen waren auch durchaus erfolgreich und mündeten in einen zeitgemäßen, klar formulierten Verfassungstext, der dann allerdings in der Ratifizierung durch ein französisches und ein niederländisches Veto scheiterte. Der Vertrag von Lissabon, der am 13.12.2007 unter portugiesischer Präsidentschaft unterzeichnet und in der Folge von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, hat zwar den Anspruch einer Verfassung der Europäischen Union aufgegeben, enthält aber doch eine Vielzahl von Neuerungen, die dem ursprünglichen Ziel einer „ever closer union“ näher kommen. Er verankert aber die Europäische Union auch als politisches Konstrukt durch die neue Funktion eines Präsidenten der Union, der nun in allen Sitzungen des Europäischen Rates den Vorsitz führt und gemeinsam mit der Kommissionspräsidentin die EU nach außen repräsentiert. Die Rolle des sogenannten „Hohen Vertreters“ für die außenpolitischen und internationalen Aufgaben der Union wurde verstärkt und ausgebaut, vor allem auch durch die Schaffung eines wirklichen auswärtigen Dienstes der EU. Auch dem Anliegen einer stärkeren Bürgernähe der Union wurde in dem Vertrag Rechnung getragen. Dazu wurden die Rechte des Europäischen Parlaments wesentlich verstärkt, eine intensivere Beteiligung nationaler Parlamente bei der Rechtssetzung der Union im Sinne der Subsidiarität verankert und die europäische Bürgerinitiative eingeführt. Die europäische Bürgerinitiative ermöglicht es den Unionsbürger zu erzwingen, dass sich die Kommission mit einem bestimmten Thema befassen muss. Hierzu müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültiger Unterstützungsbekundungen in sieben EU Staaten gesammelt werden. Diese Initiative ergänzt das bereits bestehende Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und stärkt die Rolle des europäischen Bürgerbeauftragten.

Ein ganz wesentlicher Teil des Vertrags von Lissabon ist die rechtliche Verankerung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Sie ist zwar nicht Teil des Vertrages, sondern in einem Annex verankert, aber durch die Ratifizierung Teil der Verfassungen in den Mitgliedsstaaten geworden (Ausnahme Polen und Tschechien). Sie behandelt in sechs Kapiteln die Themen Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und justizielle Rechte und schließt auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte mit ein. Die Charta der Grundrechte ist auch für Österreich von besonderer Bedeutung, da unsere Grundrechte noch vom

Staatsgrundgesetz 1867 abgeleitet werden, und nunmehr zusätzlich zur Europäischen Menschenrechtskonvention ein moderner Grundrechtskanon in der Verfassung verankert ist.

Ich habe das etwas ausführlicher dargestellt und Sie damit hoffentlich nicht allzu sehr gelangweilt, aber das ist die aktuelle Situation der Union, die auch für unsere Tätigkeit in der Union relevant ist.

All diese Vertragstexte werden ergänzt durch die Sammlung der Rechtsakte der Europäischen Union, den sogenannten *acquis communautaire*. Dieser umfasste zum Zeitpunkt unseres EU Beitritts ca. 75.000 Seiten. Er ist in der Zwischenzeit auf mehr als 100.000 angewachsen.

Die Frage ist also nicht unberechtigt, ob und wo in dieser Konstruktion Platz für Seele ist. Sehr wohl allerdings ist Platz für eine Diskussion über Identität, gerade jetzt ein zentrales und sehr aktuelles Thema in der politischen Debatte. Gibt es grundlegende Werte und Standards, die allen europäischen Staaten gemeinsam sind, Werte und Standards, die in allen Ecken des Kontinents geteilt und gelebt werden – nicht nur in Österreich, sondern auch in Litauen, Irland, Portugal oder besonders aktuell auch in Polen und Ungarn.

Seit der Zeit der deutschen Romantiker wurde Kultur in der breitesten Definition des Begriffs als der zentrale Bestandteil nationaler Identität gesehen. Kultur, und damit auch die politische Kultur, wurden so zu einem Instrument der Unterscheidung zwischen Ländern und Völkern, zu einem Instrument der Abgrenzung, und zur Stärkung des Zusammenhalts und des Gefühls der Zugehörigkeit zu seiner eigenen Nation.

Heute, im Zeitalter der Globalisierung, der internationalen Zusammenarbeit und der wachsenden internationalen Interdependenz, hat sich das verändert. Natürlich ist nationale Identität noch immer wichtig und natürlich ist der Nationalstaat noch immer ein wichtiger Referenzrahmen. Dennoch hat der unvermeidliche Einfluss des Lebens und Arbeitens in einer globalisierten Welt, der tägliche Kontakt mit anderen Kontinenten und anderen Kulturen, auch unser europäisches Bewusstsein beeinflusst. Es gibt vielleicht noch kein wirkliches europäisches *Demos*, aber wir lernen doch mit multiplen unterschiedlichen Identitäten zu leben. In diesem Sinne ist das Motto der Europäischen Union „Einheit in der Vielfalt“ durchaus angebracht. Ich bin Wienerin und Österreicherin und beides sind starke Teile meiner Identität. Aber ich brauche nur am Kennedy Airport in New York oder am Narita Flughafen in Tokio zu landen, um mich auch sehr stark als Europäerin zu fühlen. Es ist daher nicht zufällig, dass die Frage des Schutzes der kulturellen Eigenständigkeit, der eigenen kulturellen Produktionen und Ausdrucksformen von so hoher Bedeutung ist. Es ist auch nicht zufällig, dass sich eine der wichtigsten Konventionen der UNESCO mit der Frage der kulturellen Diversität beschäftigt. Sie ermächtigt einerseits Staaten, ihre kulturellen Produktionen auch in einer Zeit der liberalen Marktwirtschaft zu schützen, verbindet das aber gleichzeitig mit der Verpflichtung, auch kulturelle Diversität nicht nur zu schützen, sondern sogar zu ermutigen und zu fördern.

Angeblich hat Jean Monnet, einer der Gründungsväter der Europäischen Union einmal gesagt: wenn er den Prozess der europäischen Einigung nochmals beginnen könnte, würde er nicht mit Wirtschaft und Industrie beginnen, sondern mit der Kultur. Es gibt keinen Beleg für diese Anekdote und sie findet sich nicht im schriftlichen Nachlass von Jean Monnet, aber es ist doch im Sinne von „Was wäre wenn“ interessant, darüber zu spekulieren, wie anders sich Europa in diesem Fall entwickelt hätte. Und ein Stück der Seele Europas wird man wohl gerade in der europäischen Kultur finden, die von Michelangelo und Tizian zu Picasso und Lucian Freud reicht, der Mozart, Schubert und Bruckner ebenso zugehören wie Tschaikowski und Rachmaninoff, Cervantes, Goethe und Tolstoi.

In fast allen Umfragen, die regelmäßig über die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union gemacht werden, steht als wichtiger Wert der EU Friede und Sicherheit an vorderster Stelle. In einem Kontinent, in dem noch die Erinnerung an die zwei Weltkriege mit ihren enormen Opfern wie auch eine europäische Geschichte der gegenseitigen Zerstörung und Feindschaft lebendig ist, ist das eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, dass diese traumatische Geschichte auch den europäischen Zugang zu Macht, zur Projektion und zur Ausübung von Macht stark verändert hat. Im Gegensatz zur harten militärischen Macht bevorzugen Europäer im Allgemeinen das, was man „soft power“ nennt – die Macht des Einflusses, der Überredung, der Verhandlung, der Vorbildwirkung. In diesem Sinne ist es auch logisch, dass Europa den internationalen Organisationen, der multilateralen Zusammenarbeit, einer internationalen Ordnung, die auf Menschenrecht und Völkerrecht beruht, besondere Bedeutung beimisst.

Vor einigen Jahren hat ein französischer Historiker in eine Europakarte alle Grenzveränderungen seit dem Beginn der Neuzeit eingetragen. Das Resultat war ein europäischer Kontinent vergleichbar einem Spiegel mit hunderten von Sprüngen. Meiner Meinung nach ist diese Karte das überzeugendste und klarste Argument für die europäische Integration, die europäische Einigung. Denken wir in diesem Zusammenhang auch an die Rolle, die der europäische Einigungsprozess in der Überwältigung der autoritären Militärregime in Portugal, Spanien und Griechenland gespielt hat, ebenso wie im Revolutionsjahr 1989, in den revolutionären Entwicklungen im Osten des Kontinents, die zum Zerfall des Warschauer Pakts und des kommunistischen Herrschaftsbereichs geführt haben. Denken wir auch an die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung nach Jahrhunderten der bitteren Gegnerschaft. Ich bin ja auch Botschafterin in Frankreich gewesen, und ich habe noch das Bild vor Augen, als Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand Hand in Hand auf dem Schlachtfeld von Verdun gestanden sind. In diesem Akt der Versöhnung kommt wohl etwas von dieser europäischen Seele zum Ausdruck, ebenso wie in dem Kniefall von Bundeskanzler Brandt im Warschauer Ghetto!

Seit dem Gründungsvertrag in Rom wurde viel erreicht. In den großen Vertragswerken, die ich eingangs erwähnt habe, wurde der freie Binnenmarkt geschaffen, die vier Freiheiten umgesetzt, der Euro als europäische Währung eingeführt, durch den Schengenvertrag die internen Grenzen in der Union abgeschafft. Mit all dem wurde ein

Europa geschaffen, das uns heute selbstverständlich ist und das wir nicht mehr wegdenken können. Besonders erwähnenswert sind auch die verschiedenen Jugendprogramme der EU, allen voran das Erasmus Programm. Benannt nach Erasmus von Rotterdam hat dieses Stipendienprogramm seit seiner Gründung mehreren Millionen von jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, eine andere Kultur zu erleben, in eine andere Sprache, eine andere Lebenswelt einzutauchen – darunter auch mehr als 50.000 Österreicher. Sie bilden das, was man heute die „Generation E“ nennt, eine Generation von Europäern, die keine andere Erinnerung haben als dieses Europa, in dem man sich frei und ungehindert bewegen, studieren und arbeiten kann.

Würden alle politischen Entscheidungen auf der Grundlage von rationalen Fakten und rationalen Überlegungen getroffen, so könnte man wohl annehmen, dass es die Konsequenz der großen internationalen Krisen sein müsste, nach mehr Kohäsion, mehr gemeinsamer Politik, stärkeren gemeinsamen Institutionen zu suchen. Wir befinden uns in einer Klimakrise ungeahnten Ausmaßes, wir haben es mit einer internationalen Pandemie zu tun, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch deutlich spürbar, Migration und internationale Kriminalität sorgen täglich für Schlagzeilen. Zwingt das nicht gerade die Erkenntnis auf, dass solche Krisen nur gemeinsam, in einer gemeinsamen Anstrengung, gesteuert und bewältigt werden können, und dass es dabei keinen Raum gibt für Populismus und engstirnige Ideologien zum Schaden von anderen?

Leider wird uns immer wieder vor Augen geführt, dass die Versuchung populistischer, nationalistischer und autoritärer Politik ungebrochen stark ist.

In vielen Teilen der Welt erhalten Nationalismus und autoritäre Konzepte höheres politisches Gewicht. Ich erwähne nur beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Russland, die Türkei, Ungarn, Polen, Thailand, Venezuela, und auch China mit der sich dort verstärkenden Repression. Besonders gefährlich ist diese Entwicklung in Ostasien mit den ungelösten Problemen zwischen Japan, China, den beiden Koreas. Gerade in diesem spannungsgeladenen Raum findet eine gefährliche Remilitarisierung der internationalen Beziehungen statt. Doch auch in Europa haben wir es mit wieder aufflammenden nationalistischen und autoritären Tendenzen zu tun, die eine Bedrohung der Demokratie, und damit auch des europäischen Einigungsprozesses darstellen.

Vor einigen Jahren hat der amerikanische Politikwissenschaftler Jeremy Rifkin ein Buch unter dem Titel „The European Dream“ – der europäische Traum – veröffentlicht. Darin stellt er fest, dass das 21. Jahrhundert sehr gut ein europäisches Jahrhundert sein könnte und meint (ich zitiere sinngemäß): der europäische Traum betont Gemeinschaftlichkeit gegenüber individueller Autonomie, kulturelle Diversität gegenüber Assimilation, Lebensqualität gegenüber der Anhäufung von Vermögen, nachhaltige Entwicklung gegenüber uneingeschränktem materiellen Wachstum, globale Kooperation gegenüber unilateraler Machtausübung. Es scheint mir, dass das eine zutreffende und umfassende Beschreibung dessen ist, was man als zutiefst europäisch verstehen könnte. Alle diese Attribute haben eines gemeinsam: sie bilden das Modell einer europäischen Gesellschaft ab, die sich um innere Balance bemüht,

um einen Ausgleich zwischen Reich und Arm, um ein unterstützendes Netz für alle Unterprivilegierten, um wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit. Dass dieses Modell weiterhin ungebrochen attraktiv ist, zeigt sich auch in der Tatsache, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach wie vor als erstrebenswertes Ziel gilt, und dass es mehr Menschen gibt, die gerne in der Union leben wollen, als wir aufnehmen können.

Die Europäische Union hat in diesem Jahr einen sehr breit angelegten Zukunftsdialog eingeleitet. Dieser Prozess wird nicht von der politischen Ebene getragen, sondern richtet sich in erster Linie an die europäischen Bürger, die in Diskussionsforen, aber auch auf digitalen Plattformen ihre Vorstellungen von der Zukunft Europas einbringen sollen. Der Prozess befindet sich noch in einer Anfangsphase, doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass es genau diese Vorstellungen einer lebenswerten Gesellschaft sind, die europäische Bürger quer durch die verschiedenen Mitgliedsstaaten am allermeisten beschäftigen. Ist es also vermessen zu sagen, dass in diesem Modell einer europäischen Gesellschaft auch die Seele Europas steckt?